

**No. 33766**

---

**AUSTRIA  
and  
UNION OF SOVIET SOCIALIST REPUBLICS**

**Agreement for the encouragement and reciprocal protection  
of investments (with exchange of letters). Signed at Mos-  
cow on 8 February 1990**

*Authentic texts: German and Russian.*

*Registered by Austria on 12 May 1997.*

---

**AUTRICHE  
et  
UNION DES RÉPUBLIQUES  
SOCIALISTES SOVIÉTIQUES**

**Accord relatif à la promotion et à la protection réciproque des  
investissements (avec échange de lettres). Signé à Moscou  
le 8 février 1990**

*Textes authentiques : allemand et russe.*

*Enregistré par l'Autriche le 12 mai 1997.*

## [GERMAN TEXT — TEXTE ALLEMAND]

## ABKOMMEN ZWISCHEN DER REPUBLIK ÖSTERREICH UND DER UNION DER SOZIALISTISCHEN SOWJETREPUBLIKEN ÜBER DIE FÖRDERUNG UND DEN GEGENSEITIGEN SCHUTZ VON INVESTITIONEN

DIE REPUBLIK ÖSTERREICH UND DIE UNION DER SOZIALISTISCHEN SOWJETREPUBLIKEN,

im folgenden die „Vertragsparteien“ genannt,

IN DEM BESTREBEN, günstige Voraussetzungen für Investitionen von Investoren einer Vertragspartei im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei zu schaffen.

UNTER BERÜCKSICHTIGUNG, daß die Förderung und der gegenseitige Schutz dieser Investitionen die Entwicklung der für beide Seiten vorteilhaften Zusammenarbeit auf den Gebieten von Handel und Wirtschaft sowie Wissenschaft und Technik fördern wird.

SIND WIE FOLGT ÜBEREINGEKOMMEN:

### Artikel 1

(1) In diesem Abkommen

a) umfaßt der Begriff „Investition“ alle Arten von Vermögenswerten, die ein Investor einer Vertragspartei im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei in Übereinstimmung mit deren Gesetzgebung veranlagt, und zwar insbesondere:

- Gebäude, Anlagevermögen, Ausrüstung und andere materielle Werte;
- Eigentum sowie sonstige dingliche Rechte, wie Pfandrechte, Nutzungsrechte und andere Rechte, die Verpflichtungen sichern;
- Anteilsrechte und andere Formen von Beteiligungen;
- Ansprüche auf Geld, das zur Schaffung wirtschaftlicher Werte gegeben wurde, oder auf eine Leistung, die einen wirtschaftlichen Wert hat;

- Urheberrechte, gewerbliche Schutzrechte wie Erfinderrechte, Handelsmarken, gewerbliche Muster und Modelle, Gebrauchsmuster, Handelsnamen sowie technische Verfahren und Know-how;
- Rechte zur Ausübung einer wirtschaftlichen Tätigkeit auf Grund einer Ermächtigung zur Aufsuchung und Gewinnung von Naturschätzen;

b) bezeichnet der Begriff „Investor“

- in bezug auf die Republik Österreich jede natürliche Person, die die Staatsangehörigkeit der Republik Österreich besitzt und jede juristische Person oder Personengesellschaft des Handelsrechtes, die in Übereinstimmung mit der Gesetzgebung der Republik Österreich gegründet wurde und ihren Sitz im Hoheitsgebiet der Republik Österreich hat, welche jeweils im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei eine Investition tätigt;
- in bezug auf die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken jede Person, die in Übereinstimmung mit der Gesetzgebung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei eine Investition tätigt;

c) umfaßt der Begriff „Erträge“ Beträge, die eine Investition erbringt oder erbringen könnte, insbesondere in Form von Gewinnen, Tantiemen, Dividenden, Zinsen, Zahlungen aus Lizenzen, Provisionen, Zahlungen für technische Hilfe und technische Serviceleistungen sowie andere Entgelte;

d) bezeichnet der Begriff „Enteignung“ eine Verstaatlichung oder jede sonstige Maßnahme mit einer der Enteignung gleichkommenden Wirkung einer Vertragspartei gegen die Investition eines Investors der anderen Vertragspartei.

(2) Dieses Abkommen erstreckt sich auf das Hoheitsgebiet der Republik Österreich und auf das Hoheitsgebiet der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken sowie die Wirtschaftszone und den Kontinentalschelf, die sich über die Territorialgewässer der Union der Sozialistischen Sowjetrepubli-

ken hinaus erstrecken und über die sie in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht Souveränitätsrechte und Jurisdiktion zum Zwecke der Erkundung, des Abbaus und des Schutzes von Bodenschätzen ausübt.

#### Artikel 2

(1) Jede der Vertragsparteien fördert in Übereinstimmung mit ihrer Gesetzgebung in ihrem Hoheitsgebiet Investitionen von Investoren der anderen Vertragspartei, läßt diese Investitionen zu und behandelt sie in jedem Fall gerecht und billig.

(2) Investitionen und ihre Erträge genießen den vollen Schutz dieses Abkommens. Die Erweiterung oder Veränderung einer Investition hat in Übereinstimmung mit der Gesetzgebung jener Vertragspartei zu erfolgen, in deren Hoheitsgebiet die Investition getätigt wurde.

#### Artikel 3

(1) Jede der Vertragsparteien verpflichtet sich, in ihrem Hoheitsgebiet Investitionen von Investoren der anderen Vertragspartei nicht weniger günstig zu behandeln als Investitionen von Investoren eines dritten Staates.

(2) Jede der Vertragsparteien verpflichtet sich, in ihrem Hoheitsgebiet die Betätigung von Investoren der anderen Vertragspartei in bezug auf eine Investition nicht weniger günstig zu behandeln als die Betätigung von Investoren eines dritten Staates.

(3) Die Bestimmungen dieses Abkommens können nicht dahingehend ausgelegt werden, daß sie eine der Vertragsparteien verpflichten, den Investoren der anderen Vertragspartei oder deren Investitionen Präferenzen oder Vorteile einzuräumen, die die erste Vertragspartei Investoren eines dritten Staates oder deren Investitionen gewährt oder in Zukunft gewähren wird auf der Grundlage

- a) eines internationalen Vertrages betreffend eine Freihandelszone, eine Zollunion, einen gemeinsamen Markt, eine Organisation für gegenseitige Wirtschaftshilfe, oder eines vor der Unterzeichnung dieses Abkommens in Kraft getretenen internationalen Abkommens, das vergleichbare Bestimmungen vorsieht, wie sie den Mitgliedern der genannten Organisation von einer Vertragspartei gewährt werden;
- b) eines internationalen Abkommens, einer Vereinbarung oder innerstaatlichen Rechtsvorschrift über Steuerfragen;
- c) einer Vereinbarung zur Erleichterung des Grenzverkehrs.

#### Artikel 4

(1) Keine der Vertragsparteien ergreift Maßnahmen zur Enteignung einer Investition, die in ihrem Hoheitsgebiet von einem Investor der anderen Vertragspartei getätigt wurde, ausgenommen im öffentlichen Interesse. Dabei werden die genannten Maßnahmen unter Einhaltung der in diesem Hoheitsgebiet geltenden Gesetzgebung und gegen Bezahlung einer Entschädigung durchgeführt. Solche Maßnahmen dürfen keinen diskriminierenden Charakter haben, und die Entschädigung muß ohne unbegründete Verzögerung geleistet werden. Für den Fall, daß die Entschädigung vom Zeitpunkt der Rechtskraft der Entscheidung über ihr Ausmaß nicht innerhalb einer dreimonatigen Frist bezahlt wird, müssen vom Zeitpunkt des Ablaufens dieser Frist bis zum Zeitpunkt der Zahlung, entsprechend dem bankmäßigen Zinssatz jener Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet die Investition getätigt wurde, Zinsen berechnet werden. Die Entschädigung muß vom Hoheitsgebiet der einen Vertragspartei in das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei in frei konvertierbarer Währung transferierbar sein.

(2) Die Entschädigung muß dem realen Wert der Investition unmittelbar vor dem Zeitpunkt entsprechen, in dem die tatsächliche Maßnahme der Enteignung gesetzt oder die bevorstehende Enteignung bekannt wurde.

(3) Der Investor hat das Recht auf Überprüfung der Höhe und der Zahlungsmodalitäten der Entschädigung durch das zuständige Organ der Vertragspartei, welche die Maßnahme der Enteignung gesetzt hat, oder durch ein internationales Schiedsgericht gemäß Artikel 7 dieses Abkommens.

(4) Die Bestimmungen der Absätze 1, 2 und 3 finden auch Anwendung sowohl auf Investitionserträge als auch auf jene Erlöse, die dem Investor im Zusammenhang mit einer teilweisen oder vollständigen Liquidation oder Veräußerung der Investition zustehen.

#### Artikel 5

(1) Jede der Vertragsparteien gewährleistet den Investoren der anderen Vertragspartei ohne ungebührliche Verzögerung den Transfer in frei konvertierbarer Währung von Zahlungen im Zusammenhang mit Investitionen, und zwar insbesondere von:

- a) Investitionserträgen;
- b) Rückzahlungen auf Grund von Ansprüchen auf Geld, das zur Schaffung wirtschaftlicher Werte gegeben wurde;

- c) Erlösen, die der Investor im Zusammenhang mit der teilweisen oder vollständigen Liquidation oder Veräußerung seiner Investition erzielt hat;
- d) einer in Artikel 4 Absatz 1 dieses Abkommens vorgesehenen Entschädigung.

(2) Die in diesem Artikel vorgesehenen Überweisungen erfolgen zu den Wechselkursen, die am Tage der Überweisung gelten.

(3) Der Wechselkurs und die Bankgebühren werden von dem jeweiligen Bankensystem im Hoheitsgebiet jeder der Vertragsparteien festgelegt. Die Bankgebühren werden gerecht und angemessen sein.

#### Artikel 6

Leistet eine der Vertragsparteien oder eine von ihr hierzu ermächtigte Institution ihrem Investor Zahlungen auf Grund einer Garantie für eine Investition im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei, so erkennt diese andere Vertragspartei, unbeschadet der Rechte des Investors der erstgenannten Vertragspartei aus Artikel 7 Absatz 2 dieses Abkommens und der Rechte der erstgenannten Vertragspartei aus Artikel 8 Absatz 1 dieses Abkommens, die Übertragung der Rechte oder Ansprüche dieses Investors kraft Gesetzes oder auf Grund eines Rechtsgeschäftes auf die erstgenannte Vertragspartei oder eine von ihr hierzu ermächtigte Institution an. Für den Transfer der an die betreffende Vertragspartei oder eine von ihr hierzu ermächtigte Institution auf Grund der übertragenen Ansprüche zu leistenden Zahlungen gelten Artikel 4 und Artikel 5 dieses Abkommens sinngemäß.

#### Artikel 7

(1) Meinungsverschiedenheiten zwischen einer der Vertragsparteien und einem Investor der anderen Vertragspartei, die die Höhe oder die Zahlungsmodalitäten einer Entschädigung gemäß Artikel 4 dieses Abkommens sowie den Transfer von Zahlungen gemäß Artikel 5 dieses Abkommens betreffen, werden auf dem Verhandlungswege beigelegt.

(2) Wenn eine solche Meinungsverschiedenheit nicht auf diese Weise innerhalb von drei Monaten vom Zeitpunkt der schriftlichen Mitteilung einer der beiden Streitparteien an die andere Streitpartei beigelegt werden kann, so kann sie auf Antrag des Investors dem Schiedsgericht der Stockholmer Handelskammer oder einem Ad-hoc-Schiedsgericht entsprechend der Schiedsgerichtsordnung der UNCITRAL unterbreitet werden.

(3) Das Schiedsgericht trifft seine Entscheidungen auf der Grundlage

- der Bestimmungen dieses Abkommens;
- der Gesetzgebung der Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet die Investition getätigt wurde;
- der allgemein anerkannten Grundsätze und Regeln des Völkerrechtes.

(4) Die Entscheidung ist endgültig und bindend für beide Streitparteien. Jede der Vertragsparteien stellt die Anerkennung und Durchsetzung von Schiedssprüchen in Übereinstimmung mit ihren einschlägigen Rechtsvorschriften sicher.

#### Artikel 8

(1) Meinungsverschiedenheiten zwischen den Vertragsparteien hinsichtlich der Interpretation und Anwendung dieses Abkommens werden auf dem Verhandlungswege gelöst. Die Vertragsparteien sind bestrebt, Schwierigkeiten, die sich bei der Anwendung dieses Abkommens ergeben, im gegenseitigen Einvernehmen zu beseitigen.

Wenn die Meinungsverschiedenheit auf diese Weise nicht beigelegt werden kann, so wird sie auf Verlangen einer Vertragspartei einem Schiedsgericht unterbreitet.

(2) Das Schiedsgericht wird von Fall zu Fall gebildet. Die Vertragsparteien bestellen je ein Mitglied des Schiedsgerichtes; als Vorsitzender des Gerichtes wird von den beiden Mitgliedern gemeinsam ein Staatsbürger eines dritten Staates bestellt. Die Mitglieder des Schiedsgerichtes sind innerhalb von zwei Monaten, der Vorsitzende des Schiedsgerichtes innerhalb von drei Monaten ab dem Zeitpunkt zu bestellen, in dem eine der Vertragsparteien ihre Absicht erklärt hat, die Meinungsverschiedenheit einem Schiedsgericht zu unterbreiten.

(3) Wenn die in Absatz 2 angegebenen Fristen nicht eingehalten werden, so kann sich mangels einer anderen Übereinkunft jede Vertragspartei an den Präsidenten des Internationalen Gerichtshofes mit dem Ersuchen wenden, die notwendigen Bestellungen vorzunehmen.

(4) Das Schiedsgericht entscheidet mit Stimmenmehrheit. Diese Entscheidung ist bindend. Jede Vertragspartei trägt die Kosten, die mit der Tätigkeit des von ihr bestellten Mitgliedes des Schiedsgerichtes verbunden sind; die Kosten, die mit der Tätigkeit des Vorsitzenden des Schiedsgerichtes verbunden sind, sowie die übrigen Kosten tragen die Vertragsparteien zu gleichen Teilen. In allen anderen Fragen bestimmt das Schiedsgericht seine Verfahrensordnung selbst.

**Artikel 9**

Dieses Abkommen findet auf alle Investitionen Anwendung, die seit dem 1. Jänner 1956 getätigt wurden oder die nach dem Inkrafttreten dieses Abkommens getätigt werden.

**Artikel 10**

(1) Dieses Abkommen bedarf der Ratifikation und tritt am ersten Tag des dritten Monats, der dem Monat folgt, in dem die Ratifikationsurkunden ausgetauscht wurden, in Kraft.

(2) Dieses Abkommen wird für eine Frist von fünfzehn Jahren geschlossen. Wenn keine der Vertragsparteien zwölf Monate vor Ablauf der angeführten fünfzehnjährigen Frist auf diplomati-

ischem Wege eine schriftliche Erklärung über seinen Wunsch, das Abkommen zu kündigen, abgibt, wird dieses so lange in Kraft bleiben, bis eine der Vertragsparteien es mit zwölfmonatiger Kündigungsfrist aufkündigt.

(3) Hinsichtlich der Investitionen, die vor dem Zeitpunkt des Wirksamwerdens der Mitteilung über die Beendigung der Gültigkeit dieses Abkommens getätigt wurden, bleiben die Bestimmungen der Artikel 1 bis 9 dieses Abkommens weitere fünfzehn Jahre nach diesem Zeitpunkt in Kraft.

GESCHEHEN zu Moskau, am 5. Februar 1990, in zwei Urschriften, jede in deutscher und russischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen authentisch ist.

Für die Republik  
Österreich:

Dr. WOLFGANG SCHÜSSEL

Für die Union der Sozialistischen  
Sowjetrepubliken:

W. S. PAWLOW

## [RUSSIAN TEXT — TEXTE RUSSE]

## СОГЛАШЕНИЕ МЕЖДУ СОЮЗОМ СОВЕТСКИХ СОЦИАЛИСТИЧЕСКИХ РЕСПУБЛИК И АВСТРИЙСКОЙ РЕСПУБЛИКОЙ О СОДЕЙСТВИИ ОСУЩЕСТВЛЕНИЮ И ВЗАИМНОЙ ЗАЩИТЕ КАПИТАЛОВЛОЖЕНИЙ

## СОЮЗ СОВЕТСКИХ СОЦИАЛИСТИЧЕСКИХ РЕСПУБЛИК И АВСТРИЙСКАЯ РЕСПУБЛИКА.

именуемые в дальнейшем «Договаривающиеся Стороны»,

ЖЕЛАЯ СОЗДАТЬ благоприятные предпосылки для осуществления капиталовложений инвесторов одной Договаривающейся Стороны на территории другой Договаривающейся Стороны,

УЧИТЫВАЯ, что содействие осуществлению и взаимная защита этих капиталовложений будут способствовать развитию взаимовыгодного торгово-экономического и научно-технического сотрудничества,

ДОГОВОРИЛИСЬ О НИЖЕСЛЕДУЮЩЕМ:

## Статья I

1. В настоящем Соглашении:

a) термин «капиталовложение» охватывает все виды имущественных ценностей, которые инвестор одной Договаривающейся Стороны осуществляет на территории другой Договаривающейся Стороны в соответствии с ее законодательством, и в частности:

- здания, сооружения, оборудование и другие материальные ценности;
- право собственности, а также другие имущественные права, такие как: права залога, права пользования и иные права, обеспечивающие исполнение обязательств;
- права на долевое участие и другие формы участия;
- права требования по денежным средствам, которые вкладываются для создания экономических ценнос-

тей, или услугам, имеющим экономическую ценность;

- авторские права, права промышленной собственности, такие как: права на изобретение, товарные знаки, промышленные образцы и модели, полезные модели, фирменные наименования, а также технология и «ноу-хау»;
- основанные на разрешении права на экономическую деятельность, касающиеся разведки и добычи полезных ископаемых;

b) термин «инвестор» означает:

- в отношении Союза Советских Социалистических Республик: любое лицо, которое в соответствии с законодательством Союза Советских Социалистических Республик осуществляет капиталовложение на территории другой Договаривающейся Стороны;
- в отношении Австрийской Республики: любое физическое лицо, имеющее гражданство Австрийской Республики, и любое юридическое лицо или товарищество торгового права, основанное на объединении лиц, созданное в соответствии с законодательством Австрийской Республики, и имеющее свое местонахождение на территории Австрийской Республики, которые соответственно осуществляют капиталовложение на территории другой Договаривающейся Стороны;

c) термин «доходы» означает суммы, которые получены или могут быть получены в результате капиталовложения, в частности, в качестве прибыли, доли прибыли, дивидендов, процентов, лицензионных и комиссионных вознаграждений, платежей за техническую помощь и техническое обслуживание и других вознаграждений;

d) термин «принудительное изъятие» означает национализацию, или любые

ные меры, аналогичные изъятию по своим последствиям, предпринимаемые одной Договаривающейся Стороной в отношении капиталовложения инвестора другой Договаривающейся Стороны.

2. Настоящее Соглашение распространяется на: территорию Союза Советских Социалистических Республик, а также экономическую зону и континентальный шельф, простирающиеся за пределы территориальных вод Союза Советских Социалистических Республик, над которыми он осуществляет в соответствии с международным правом суверенные права и юрисдикцию в целях разведки, разработки и сохранения природных ресурсов и территорию Австрийской Республики.

### Статья 2

1. Каждая из Договаривающихся Сторон в соответствии со своим законодательством будет содействовать осуществлению на своей территории капиталовложений инвесторов другой Договаривающейся Стороны, разрешать такие капиталовложения и обращаться с ними в каждом случае со всей справедливостью.

2. Капиталовложения и их доходы пользуются полной защитой настоящего Соглашения. Расширение или изменение капиталовложения должно осуществляться в соответствии с законодательством той Договаривающейся Стороны, на территории которой осуществлено капиталовложение.

### Статья 3

1. Каждая из Договаривающихся Сторон обязуется обеспечивать на своей территории в отношении капиталовложений инвесторов другой Договаривающейся Стороны режим не менее благоприятный, чем в отношении капиталовложений инвесторов любого третьего государства.

2. Каждая из Договаривающихся Сторон обязуется обеспечивать на своей территории в отношении действий инвесторов другой Договаривающейся Стороны в том, что касается капиталовложений, режим не менее благоприятный, чем в отношении действий инвесторов любого третьего государства.

3. Положения настоящего Соглашения не могут быть истолкованы как обязывающие одну Договаривающуюся Сторону предос-

тавлять инвесторам другой Договаривающейся Стороны или их капиталовложениям льготы или преимущества, которые первая Договаривающаяся Сторона предоставляет или предоставит в будущем инвесторам любого третьего государства или их капиталовложениям на основании:

- a) международного договора о зоне свободной торговли, таможенном союзе, общем рынке, организации экономической взаимопомощи или в соответствии с международным соглашением, предусматривающим положения, подобные тем, которые предоставляются Договаривающейся Стороной участникам указанных организаций и вступившим в силу до даты подписания настоящего Соглашения;
- b) международного соглашения, договоренности или внутригосударственного нормативного акта по налоговым вопросам;
- c) договоренности по облегчению приграничной торговли.

### Статья 4

1. Ни одна из Договаривающихся Сторон не будет предпринимать меры по принудительному изъятию капиталовложения, осуществленного на ее территории инвестором другой Договаривающейся Стороны, за исключением случаев, когда этого требуют общественные интересы. При этом указанные меры осуществляются при соблюдении действующего на этой территории законодательства и сопровождаются выплатой компенсации. Такие меры не должны носить дискриминационного характера, а компенсация должна выплачиваться без необоснованной задержки. В случае, если с момента вступления в силу решения о размере компенсации она не будет выплачена в трехмесячный срок, то с момента истечения этого срока и до момента выплаты должны быть начислены проценты в соответствии с принятой бакинской процентной ставкой той Договаривающейся Стороны, на территории которой осуществлено капиталовложение. Компенсация должна быть переводимой с территории одной Договаривающейся Стороны на территорию другой Договаривающейся Стороны в свободно конвертируемой валюте.

2. Компенсация должна соответствовать реальной стоимости капиталовложения непосредственно перед моментом осуществления фактических мер по принудительному изъятию или перед тем как стало известно о предстоящем принудительном изъятии.

3. Инвестор имеет право на проверку размера и порядка выплаты компенсации через компетентный орган Договаривающейся Стороны, которая осуществила меры по принудительному изъятию, либо через международный третейский суд в соответствии со статьей 7 настоящего Соглашения.

4. Положения пунктов 1, 2 и 3 настоящей статьи будут также применяться к доходам от капиталовложений, равно как и к суммам, причитающимся инвестору в связи с частичной или полной ликвидацией или продажей капиталовложения.

#### Статья 5

1. Каждая из Договаривающихся Сторон гарантирует инвесторам другой Договаривающейся Стороны без необоснованной задержки перевод в свободно конвертируемой валюте платежей в связи с капиталовложениями, и в частности:

- a) доходов от капиталовложения;
- b) сумм, выплачиваемых на основании прав требований по денежным средствам, которые вложены для создания экономических ценностей;
- c) сумм, которые инвестор получил в связи с частичной или полной ликвидацией или продажей капиталовложения;
- d) компенсации, предусмотренной в пункте 1 статьи 4 настоящего Соглашения.

2. Переводы, предусмотренные настоящей статьей, осуществляются в соответствии с обменными курсами, действующими на дату перевода.

3. Обменный курс и размеры банковского сбора устанавливаются соответствующей банковской системой на территории каждой из Договаривающихся Сторон. Банковские сборы должны быть справедливыми и соразмерными.

#### Статья 6

Если одна из Договаривающихся Сторон или уполномоченное ею на то учреждение осуществляют выплату возмещения своему инвестору на основе гарантии капиталовложения, осуществленного последним на территории другой Договаривающейся Стороны, то эта другая Договаривающаяся Сторона, не ущемляя вытекающих из пункта 2

статьи 7 настоящего Соглашения прав инвестора первой Договаривающейся Стороны и вытекающих из пункта 1 статьи 8 настоящего Соглашения прав этой Договаривающейся Стороны, будет признавать передачу в силу закона или договора прав или требований этого инвестора первой Договаривающейся Стороне или уполномоченному ею на то учреждению. В отношении перевода платежей, которые должны быть выплачены соответствующей Договаривающейся Стороне или уполномоченному ею на то учреждению на основе переданных им прав требования, действуют соответственно статьи 4 и 5 настоящего Соглашения.

#### Статья 7

1. Споры между одной из Договаривающихся Сторон и инвестором другой Договаривающейся Стороны, касающиеся размера и порядка выплаты компенсации, согласно статье 4 настоящего Соглашения, а также перевода платежей, согласно статье 5 настоящего Соглашения, будут решаться путем переговоров.

2. Если такой спор не может быть урегулирован этим путем в течение трех месяцев с момента подачи письменного обращения одной из сторон в споре другой стороне в споре, то он по выбору инвестора может быть передан на рассмотрение в Арбитражный институт Стокгольмской торговой палаты или в арбитраж «ad hoc» в соответствии с Арбитражным регламентом ЮНСИТРАЛ.

3. Арбитраж принимает решения на основе:  
— положений настоящего Соглашения;  
— законодательства Договаривающейся Стороны, на территории которой осуществлено капиталовложение;  
— общепризнанных принципов и норм международного права.

4. Решение является окончательным и обязательным для обеих сторон в споре. Каждая из Договаривающихся Сторон признает и обеспечивает приведение в исполнение решений указанного арбитража согласно своим соответствующим правовым предписаниям.

#### Статья 8

1. Споры между Договаривающимися Сторонами относительно толкования и применения настоящего Соглашения будут решаться путем переговоров. Договариваю-



шие Стороны будут стремиться к устранению по взаимному согласию любых трудностей, возникающих при применении настоящего Соглашения.

Если таким образом спор не будет урегулирован, то по требованию одной из Договаривающихся Сторон он передается на рассмотрение третейского суда.

2. Третейский суд создается отдельно для каждого конкретного случая. Договаривающиеся Стороны назначают по одному члену третейского суда, которые совместно назначают гражданина третьего государства в качестве председателя суда. Члены третейского суда должны быть назначены в течение двух месяцев, а председатель третейского суда — в течение трех месяцев с момента, когда одна из Договаривающихся Сторон заявит другой Договаривающейся Стороне о своем намерении передать спор на рассмотрение третейского суда.

3. Если указанные в пункте 2 настоящей статьи сроки не будут выдержаны, то при отсутствии иной договоренности каждая из Договаривающихся Сторон может обратиться к председателю Международного Суда с просьбой произвести необходимые назначения.

4. Третейский суд выносит свое решение большинством голосов. Это решение имеет обязательную силу. Каждая из Договаривающихся Сторон несет расходы, связанные с деятельностью назначенного ею члена третейского суда: расходы, связанные с деятельностью председателя третейского суда, а также прочие расходы Договаривающихся Сторон несут в равных долях. По всем иным вопросам третейский суд определяет порядок своей работы самостоятельно.

#### Статья 9

Настоящее Соглашение будет применяться ко всем капиталовложениям, которые были осуществлены с 1 января 1956 года или будут осуществлены после его вступления в силу.

#### Статья 10

1. Настоящее Соглашение подлежит ратификации и вступает в силу первого числа третьего месяца, следующего за тем месяцем, когда был произведен обмен ратификационными грамотами.

2. Настоящее Соглашение будет действовать в течение пятнадцати лет. Если ни одна из Договаривающихся Сторон за двенадцать месяцев до истечения указанного пятнадцатилетнего срока письменно не уведомит другую Договаривающуюся Сторону по дипломатическим каналам о своем намерении прекратить действие настоящего Соглашения, то оно будет оставаться в силе до тех пор, пока одна из Договаривающихся Сторон за двенадцать месяцев не уведомит другую Договаривающуюся Сторону о своем намерении прекратить действие настоящего Соглашения.

3. В отношении капиталовложений, сделанных до даты вступления в силу уведомления о прекращении действия настоящего Соглашения, положения статей 1—9 настоящего Соглашения будут оставаться в силе в течение дальнейших пятнадцати лет после этой даты.

СОВЕРШЕНО в Москве 8 февраля 1990 г. в двух подлинных экземплярах, каждый на русском и немецком языках, причем оба текста имеют одинаковую силу.

За Союз Советских  
Социалистических Республик:

W. S. PAWLOW

За Австрийскую  
Республику:

Dr. WOLFGANG SCHÜSSEL

## [TRANSLATION — TRADUCTION]

AGREEMENT<sup>1</sup> BETWEEN THE REPUBLIC OF AUSTRIA AND THE UNION OF SOVIET SOCIALIST REPUBLICS FOR THE ENCOURAGEMENT AND RECIPROCAL PROTECTION OF INVESTMENTS WITH AN EXCHANGE OF NOTES

The Republic of Austria and the Union of Soviet Socialist Republics,  
Hereinafter referred to as the “Contracting Parties”,

Desiring to create favourable conditions for investments by the investors of one Contracting Party in the territory of the other Contracting Party,

Considering that the encouragement and reciprocal protection of such investments will facilitate the growth of mutually advantageous trade, economic, scientific and technical cooperation,

Have agreed as follows:

*Article 1*

## 1. In this Agreement:

(a) The term “investment” comprises all types of assets which an investor of one Contracting Party creates in the territory of the other Contracting Party in accordance with its legislation, and especially:

- Buildings, structures, equipment and other physical assets;
- Property and any other rights *in rem*, such as pledges, usufructs and other rights that guarantee performance of obligations;
- Shares and other types of participation;
- Claims to money that has been invested in order to create an economic value, or claims to any performance having an economic value;
- Copyrights and industrial-property rights, such as: inventors’ rights; trade marks, industrial designs and models, utility models, trade names, technical processes and know-how;
- Rights based on authorization to carry on an economic activity relating to prospecting for and extraction or exploitation of natural resources;

(b) The term “investor” means:

- With regard to the Republic of Austria, any individual who is a national of the Republic of Austria, and any legal entity or commercial partnership constituted in accordance with the legislation of the Republic of Austria, having its headquarters in the territory of the Republic of Austria and making an investment in the territory of the other Contracting Party;

<sup>1</sup> Came into force on 1 September 1991 by the exchange of the instruments of ratification at Vienna, in accordance with article 10.

— With regard to the Union of Soviet Socialist Republics, any person who, under the legislation of the Union of Soviet Socialist Republics, makes an investment in the territory of the other Contracting Party;

(c) The term “returns” means the amounts which are yielded or may be yielded by an investment, particularly, in the form of profits, royalties, dividends, interests, licensing fees and commissions, payments for technical assistance and technical services, and other remuneration;

(d) The term “expropriation” means nationalization or any other measure having an effect equivalent to expropriation carried out by one Contracting Party with regard to the investment of an investor of the other Contracting Party.

2. This Agreement shall apply to the territory of the Republic of Austria, and to the territory of the Union of Soviet Socialist Republics as well as the economic zone and the continental shelf beyond the limits of the territorial seas of the Union of Soviet Socialist Republics, over which it exercises, in accordance with international law, sovereign rights and jurisdiction for the purposes of prospecting for and exploitation and conservation of natural resources.

#### *Article 2*

1. Each of the Contracting Parties shall, in accordance with its legislation, encourage investments in its territory by investors of the other Contracting Party, permit such investments and in every case accord them fair and equitable treatment.

2. Investments and the returns on them shall enjoy the full protection of this Agreement. Any extension or alteration of an investment must conform to the legislation of the Contracting Party in whose territory the investment was made.

#### *Article 3*

1. Each of the Contracting Parties undertakes to accord, in respect of investments made in its territory by investors of the other Contracting Party, treatment no less favourable than that accorded in respect of an investment made by investors of a third State.

2. Each of the Contracting Parties undertakes to accord in its territory, in respect of the activities of investors of the other Contracting Party relating to investments, treatment no less favourable than that accorded to the activities of investors of a third State.

3. The provisions of this Agreement may not be construed as obliging one Contracting Party to extend to investors of the other Contracting Party or to their investments any privileges or advantages which the first-mentioned Contracting Party extends or will extend in the future to investors of a third State or to their investments on the basis of:

(a) An international treaty relating to a free-trade area, customs union, common market, organization for mutual economic assistance or in connection with an international agreement which contains conditions similar to those accorded by the Contracting Party to the members of such organizations and which entered into force prior to the date of signature of this Agreement;

(b) An international agreement, an arrangement or a domestic law on taxation;

(c) An arrangement to facilitate frontier traffic.

#### Article 4

1. Neither of the Contracting Parties shall take measures for the expropriation of investments made in its territory by an investor of the other Contracting Party, except in cases where such action is in the public interest. Moreover, such measures shall comply with the legislation in force in that territory and shall be accompanied by the payment of compensation. Such measures shall not be discriminatory in nature, and the compensation must be paid without undue delay. In the event that, for a period of three months following the date of entry into force of a decision on the amount of the compensation, such compensation is not paid, then from the date of expiry of that period until the date of payment, such compensation shall bear interest at the usual bank rate of the Contracting Party in whose territory the investment was made. The compensation must be transferable from the territory of one Contracting Party to the territory of the other Contracting Party in freely convertible currency.

2. The compensation must correspond to the real value of the investment immediately before the date on which the actual measures for expropriation were taken or before the impending expropriation became public knowledge.

3. The investor shall be entitled to have the amount and the procedure for payment of compensation reviewed by a competent organ of the Contracting Party which instituted the measures for expropriation, or by an international arbitral tribunal in accordance with article 7 of this Agreement.

4. The provisions of paragraphs 1, 2 and 3 of this article shall also apply to returns on investments as well as to the proceeds due to the investor from the partial or total liquidation or sale of an investment.

#### Article 5

1. Each of the Contracting Parties shall guarantee to investors of the other Contracting Party, without undue delay and in freely convertible currency, the transfer of payments relating to an investment, and especially:

(a) Returns on investments;

(b) Amounts payable in respect of claims to money that is invested in order to create an economic value;

(c) Proceeds received by the investor from the partial or total liquidation or sale of an investment;

(d) Compensation due under article 4, paragraph 1, of this Agreement.

2. Transfers under this article shall be effected at the exchange rates prevailing on the day of the transfer.

3. The exchange rate and the amount of the bank charges shall be determined by the respective banking system in the territory of each of the Contracting Parties. Bank charges shall be fair and equitable.

#### Article 6

Where one of the Contracting Parties or an institution authorized by it makes payments to one of its investors on the basis of a guarantee of an investment in the territory of the other Contracting Party, that other Contracting Party, without prejudice to the rights of the investor of the first-mentioned Contracting Party under

article 7, paragraph 2, of this Agreement and the rights of that Contracting Party under article 8, paragraph 1, of this Agreement, shall recognize the assignment, whether under the law or pursuant to a legal transaction, of the rights or claims of that investor to the first Contracting Party or to the institution authorized by it. With regard to the transfer of payments due to the Contracting Party concerned or to the institution authorized by it on the basis of such assignment, articles 4 and 5, of this Agreement shall apply as appropriate.

#### Article 7

1. Disputes arising between one of the Contracting Parties and an investor of the other Contracting Party with regard to the amount and the procedure for payment of compensation under article 4 of this Agreement, and to the transfer of payments under article 5 of this Agreement, shall be settled by negotiation.

2. If such a dispute cannot be settled in that way within three months after the date of written notification by one of the parties to the dispute to the other party to the dispute, then it may, at the request of the investor, be submitted for consideration to the Arbitration Institute of the Stockholm Chamber of Commerce or to *ad hoc* arbitration under the Arbitration Rules of the United Nations Commission on International Trade Law (UNCITRAL).<sup>1</sup>

3. The arbitral decision shall be based on:

- The provisions of this Agreement;
- The legislation of the Contracting Party in whose territory the investment was made;
- The generally accepted principles and rules of international law.

4. The decision shall be final and binding on both parties to the dispute. Each of the Contracting Parties shall recognize and ensure the execution of such arbitral awards in keeping with its own regulations.

#### Article 8

1. Disputes arising between the Contracting Parties concerning the interpretation and application of this Agreement shall be settled by negotiation. The Contracting Parties shall seek to overcome, by mutual agreement, any difficulties arising in the application of this Agreement.

If the dispute cannot be settled in that way, it shall, at the request of either Contracting Party, be submitted to an arbitral tribunal.

2. The arbitral tribunal shall be constituted on an *ad hoc* basis. The Contracting Parties shall each appoint one member of the tribunal, and these two members shall together agree on a national of a third State as the chairman of the tribunal. The members of the arbitral tribunal must be appointed within two months, and the chairman of the arbitral tribunal within three months, following the date on which one of the Contracting Parties informs the other of its intention to submit the dispute to an arbitral tribunal.

3. If the time limits indicated in paragraph 2 of this article are not observed, either Contracting Party may, in the absence of any other arrangement, apply to the

<sup>1</sup> United Nations, *Official Records of the General Assembly, Thirty-first Session, Supplement No. 17 (A/31/17)*, p. 34.

President of the International Court of Justice requesting that the necessary appointments be made.

4. The arbitral tribunal shall take its decision by majority vote. The decision shall be binding. Each Contracting Party shall bear the costs connected with the activities of the member of the tribunal whom it appointed; the costs connected with the activities of the chairman of the arbitral tribunal, as well as the remaining costs of the Contracting Parties, shall be borne in equal proportions. With regard to all other questions, the arbitral tribunal shall establish its own rules of procedure.

*Article 9*

This Agreement shall apply to all investments which were made since 1 January 1956 or which will be made after its entry into force.

*Article 10*

1. This Agreement shall be subject to ratification and shall enter into force on the first day of the third month following the month in which the exchange of the instruments of ratification took place.

2. This Agreement shall remain in force for a period of 15 years. Unless one of the Contracting Parties informs the other Contracting Party in writing through the diplomatic channel 12 months before the expiry of the 15-year period of its intention to terminate this Agreement, it shall remain in force until such time as one of the Contracting Parties informs the other Contracting Party 12 months in advance of its intention to terminate the Agreement.

3. With regard to investments made prior to the date on which the notification of termination of this Agreement takes effect, the provisions of articles 1 to 9 of this Agreement shall remain in force for a further 15 years after that date.

DONE at Moscow on 8 February 1990 in two originals, each in the German and Russian languages, both texts being equally authentic.

For the Republic of Austria:

Dr WOLFGANG SCHÜSSEL

For the Union of Soviet  
Socialist Republics:

V. S. PAVLOV

[TRADUCTION — TRANSLATION]

## ACCORD<sup>1</sup> ENTRE L'UNION DES RÉPUBLIQUES SOCIALISTES SOVIÉTIQUES ET LA RÉPUBLIQUE D'AUTRICHE RELATIF À LA PROMOTION ET À LA PROTECTION RÉCIPROQUE DES INVESTISSEMENTS

L'Union des Républiques socialistes soviétiques et la République d'Autriche, ci-après dénommées les « Parties contractantes »,

Souhaitant créer des conditions favorables aux investissements des investisseurs de chacune des Parties contractantes sur le territoire de l'autre,

Reconnaissant que la promotion et la protection réciproque de ces investissements contribueront au développement d'une coopération commerciale, économique, scientifique et technique mutuellement avantageuse,

Sont convenues de ce qui suit :

### *Article premier*

1. Aux fins du présent Accord,

a) Le terme « investissement » désigne toutes les formes d'avoirs qu'un investisseur de l'une des Parties contractantes investit sur le territoire de l'autre Partie contractante conformément à la législation de celle-ci, en particulier :

- Les immeubles, les installations, l'équipement et les autres valeurs matérielles;
- Les droits de propriété ainsi que les autres droits réels tels que les droits de gage, les droits de jouissance et les autres droits garantissant l'exécution d'engagements;
- Les parts et autres formes de participation;
- Les droits sur des montants investis afin de produire une valeur économique ou les droits sur des prestations ayant une valeur économique;
- Les droits d'auteur, les droits de propriété industrielle tels que les brevets d'invention, les marques commerciales, les dessins et modèles industriels, les modèles déposés, les noms commerciaux ainsi que les procédés techniques et le savoir-faire;
- Les concessions permettant de mener des activités de prospection et d'extraction des ressources naturelles;

b) Le terme « investisseur » désigne,

- En ce qui concerne l'Union des Républiques socialistes soviétiques, toute personne qui, conformément à la législation soviétique, effectue un investissement sur le territoire de l'autre Partie contractante;
- En ce qui concerne la République d'Autriche, toute personne physique possédant la nationalité autrichienne et toute personne morale ou société commer-

<sup>1</sup> Entré en vigueur le 1<sup>er</sup> septembre 1991 par échange des instruments de ratification à Vienne, conformément à l'article 10.

ciale créée conformément à la législation autrichienne et ayant son siège sur le territoire de la République d'Autriche qui effectue un investissement sur le territoire de l'autre Partie contractante;

c) Le terme « revenus » désigne les montants que rapporte ou peut rapporter un investissement, en particulier sous forme de bénéfices, tantièmes, dividendes, intérêts, droits de licence, redevances, rémunérations pour assistance technique et prestations de services techniques et autres rémunérations;

d) Le terme « expropriation » désigne la nationalisation ou toute autre mesure ayant un effet analogue à une expropriation adoptée par l'une des Parties contractantes à l'égard de l'investissement d'un investisseur de l'autre Partie contractante.

2. Le présent Accord s'applique au territoire de l'Union des Républiques socialistes soviétiques ainsi qu'à la zone économique et au plateau continental s'étendant au-delà des eaux territoriales de l'Union des Républiques socialistes soviétiques sur lesquels celle-ci exerce, conformément au droit international, des droits souverains et sa juridiction aux fins de la prospection, de l'exploitation et de la préservation des ressources naturelles, et au territoire de la République d'Autriche.

#### *Article 2*

1. Chacune des Parties contractantes, conformément à sa législation, encourage les investissements effectués sur son territoire par des investisseurs de l'autre Partie contractante, admet ces investissements et leur assure dans tous les cas un traitement équitable.

2. Les investissements et les revenus de ces investissements sont pleinement protégés par le présent Accord. L'extension ou la modification d'un investissement doivent se faire conformément à la législation de la Partie contractante sur le territoire de laquelle cet investissement a été effectué.

#### *Article 3*

1. Chacune des Parties contractantes s'engage à assurer sur son territoire aux investissements des investisseurs de l'autre Partie contractante un traitement non moins favorable que celui qu'elle accorde aux investissements des investisseurs d'Etats tiers.

2. Chacune des Parties contractantes s'engage à assurer sur son territoire aux activités des investisseurs de l'autre Partie se rapportant à leurs investissements un traitement non moins favorable que celui qu'elle accorde aux activités des investisseurs d'Etats tiers.

3. Les dispositions du présent Accord ne peuvent pas être interprétées comme obligeant une Partie contractante à accorder aux investisseurs de l'autre Partie contractante ou à leurs investissements des préférences ou des privilèges que la première Partie accorde ou accordera à l'avenir aux investisseurs d'Etats tiers ou à leurs investissements en vertu :

a) D'une convention internationale relative à une zone de libre-échange, une union douanière, un marché commun ou une organisation d'entraide économique, ou d'un accord international entré en vigueur avant la date de la signature du présent Accord qui prévoit des dispositions analogues à celles que la Partie contractante prévoit pour les membres des organisations susmentionnées;



- b) D'un accord international, d'un arrangement ou de dispositions intérieures en matière fiscale;
- c) D'un arrangement destiné à faciliter les échanges frontaliers.

#### *Article 4*

1. Aucune des Parties contractantes ne peut prendre de mesures visant à exproprier un investissement effectué sur son territoire par un investisseur de l'autre Partie contractante, sauf pour une cause d'intérêt public. De telles mesures doivent respecter la législation en vigueur sur ce territoire et être assorties d'indemnisation. Elles ne doivent pas avoir de caractère discriminatoire et l'indemnisation doit être versée sans retard injustifié. Si l'indemnisation n'est pas versée dans les trois mois à compter de la date où la décision relative à son montant devient effective, elle est assortie, jusqu'à la date du paiement, d'un intérêt conforme au taux bancaire habituel de la Partie contractante sur le territoire de laquelle l'investissement a été effectué. L'indemnisation doit être librement transférable du territoire d'une Partie contractante au territoire de l'autre Partie contractante dans une devise convertible.

2. L'indemnisation doit correspondre à la valeur réelle qu'avait l'investissement visé par l'expropriation immédiatement avant le moment où les mesures d'expropriation ont été mises en œuvre ou immédiatement avant que la menace d'expropriation ait été rendue publique.

3. L'investisseur a le droit de faire vérifier le montant de l'indemnisation et les modalités de son paiement soit par l'organe compétent de la Partie contractante qui est à l'origine de l'expropriation soit par un tribunal arbitral international conformément à l'article 7 du présent Accord.

4. Les dispositions des paragraphes 1, 2 et 3 du présent article s'appliqueront aux revenus de l'investissement comme au produit de la liquidation ou de la cession partielles ou totales de l'investissement.

#### *Article 5*

1. Chacune des Parties contractantes garantit sans retard injustifié aux investisseurs de l'autre Partie contractante le droit de transférer librement en devises convertibles les paiements liés à des investissements, en particulier :

- a) Les revenus de l'investissement;
- b) Le remboursement des prêts qui ont été accordés en liaison avec un investissement;
- c) Les montants reçus par l'investisseur à la suite de la liquidation ou de la cession partielles ou totales de l'investissement;
- d) Les indemnités visées au paragraphe 1 de l'article 4 du présent Accord.

2. Les transferts visés au présent article se font au cours en vigueur le jour du transfert.

3. Les taux de change et les commissions bancaires sont déterminés par le système bancaire de chacune des Parties contractantes. Les commissions bancaires sont équitables et appropriées.

### Article 6

Si l'une des Parties contractantes ou une institution désignée par elle verse une indemnisation à son investisseur en vertu d'une garantie donnée pour un investissement sur le territoire de l'autre Partie contractante, cette dernière reconnaît, sans préjudice des droits de l'investisseur de la première Partie visés au paragraphe 2 de l'article 7 du présent Accord et des droits de la première Partie visés au paragraphe 1 de l'article 8 du présent Accord, la cession, en application d'une loi ou d'un accord, de tous les droits et créances de cet investisseur à la première Partie contractante ou à l'institution désignée par elle. En ce qui concerne le transfert des paiements à effectuer à la Partie contractante concernée ou à l'institution habilitée par elle au titre des droits transférés, les articles 4 et 5 du présent Accord s'appliquent respectivement.

### Article 7

1. Les différends qui pourraient surgir entre une Partie contractante et un investisseur de l'autre Partie contractante au sujet du montant et des modalités de paiement de l'indemnisation visée à l'article 4 du présent Accord ou au sujet du transfert de l'indemnisation visé à l'article 5 du présent Accord seront réglés par voie de négociation.

2. Si un tel différend ne peut être réglé ainsi dans les trois mois suivant sa notification écrite par l'une des parties, il pourra être soumis, à la demande de l'investisseur, soit au tribunal d'arbitrage de la chambre de commerce de Stockholm soit à un tribunal arbitral spécial constitué conformément au Règlement d'arbitrage de la Commission des Nations Unies pour le droit commercial international<sup>1</sup>.

3. Le tribunal arbitral prend ses décisions en se fondant sur :

- Les dispositions du présent Accord;
- La législation de la Partie contractante sur le territoire de laquelle l'investissement a été effectué;
- Les principes et les normes généralement admis du droit international.

4. La décision est définitive et obligatoire pour les deux parties au différend. Chacune des Parties contractantes reconnaît les décisions arbitrales et en assure l'exécution conformément à sa législation en la matière.

### Article 8

1. Les différends entre les Parties contractantes relatifs à l'interprétation ou à l'application du présent Accord seront réglés par voie de négociation. Les Parties contractantes s'efforceront de régler d'un commun accord toute difficulté pouvant survenir dans l'application du présent Accord.

Un différend qui ne peut être réglé ainsi est soumis à la demande de l'une des Parties contractantes à la décision d'un tribunal arbitral.

2. Le tribunal arbitral est constitué cas par cas. Les Parties contractantes nomment chacune un membre du tribunal, et les deux membres désignent d'un commun accord le ressortissant d'un Etat tiers comme Président. Les membres du tribunal arbitral sont nommés dans les deux mois et le Président dans les trois mois

<sup>1</sup> Nations Unies, *Documents officiels de l'Assemblée générale, trente-et-unième session, Supplément n° 17 (A/31/17)*, p. 36.

à compter du jour où l'une des Parties contractantes a fait connaître à l'autre son intention de saisir un tribunal arbitral.

3. Si les délais définis au paragraphe 2 du présent article ne sont pas respectés, chacune des Parties contractantes peut, faute d'un autre arrangement, prier le Président de la Cour internationale de Justice de procéder aux nominations nécessaires.

4. Le tribunal arbitral se prononce à la majorité des voix. Ses décisions ont force obligatoire. Chaque Partie contractante prend à sa charge les frais occasionnés par les activités du membre qu'elle a nommé; les frais liés aux activités du Président ainsi que les autres dépenses sont assumés à part égale par les deux Parties contractantes. Au sujet de toutes les autres questions, le tribunal arbitral arrête lui-même sa procédure.

#### *Article 9*

Le présent Accord s'appliquera à tous les investissements qui ont été effectués depuis le 1<sup>er</sup> janvier 1956 et à tous ceux qui le seront après son entrée en vigueur.

#### *Article 10*

1. Le présent Accord est soumis à ratification et entrera en vigueur le premier jour du troisième mois suivant celui où les instruments de ratification auront été échangés.

2. Le présent Accord restera en vigueur pendant quinze ans. A moins que l'une des Parties contractantes ne le dénonce par écrit à l'autre, par la voie diplomatique, au moins douze mois avant l'expiration de ce délai, il restera en vigueur tant qu'une Partie contractante n'aura pas notifié à l'autre par écrit, moyennant un préavis de douze mois, son intention de le dénoncer.

3. A compter de la date à laquelle l'Accord cessera d'avoir effet, les dispositions des articles 1 à 9 continueront de s'appliquer pendant quinze ans aux investissements effectués avant cette date.

FAIT à Moscou, le 8 février 1990, en deux exemplaires originaux en langues russe et allemande, les deux textes faisant également foi.

Pour la République  
d'Autriche :

WOLFGANG SCHÜSSEL

Pour l'Union des Républiques  
socialistes soviétiques :

V. S. PAVLOV

## [EXCHANGE OF LETTERS — ÉCHANGE DE LETTRES]

## I

## [GERMAN TEXT — TEXTE ALLEMAND]

DER BUNDESMINISTER FÜR  
WIRTSCHAFTLICHE ANGELEGENHEITEN

Moskau, am 8. Februar 1990

Sehr geehrter Herr Minister!

Anlässlich der am heutigen Tage erfolgten Unterzeichnung des Abkommens zwischen der Republik Österreich und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen beehre ich mich, Ihnen folgendes mitzuteilen:

Die Bestimmungen dieses Abkommens können nicht dahingehend ausgelegt werden, daß sie eine der Vertragsparteien verpflichten, den Investoren

der anderen Vertragspartei oder deren Investitionen Präferenzen oder Vorteile einzuräumen, die die erste Vertragspartei Investoren eines dritten Staates oder deren Investitionen auf der Grundlage der in einem Investitionsschutzabkommen vorgesehenen Inländergleichbehandlung gewährt oder in Zukunft gewähren wird.

Ich beehre mich Sie zu bitten, Ihr Einverständnis hiezu zu geben und die angeführten Bestimmungen gleichzeitig als integrierenden Bestandteil dieses Abkommens betrachten zu wollen.

Genehmigen Sie, sehr geehrter Herr Minister, den Ausdruck meiner ausgezeichneten Hochachtung.

Dr. WOLFGANG SCHÜSSEL

Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten

Herrn  
W. S. Pawlow  
Finanzminister der Union der  
Sozialistischen Sowjetrepubliken  
Moskau

## [TRANSLATION]

MINISTER FOR FOREIGN AFFAIRS

Moscow, 8 February 1990

Sir,

With regard to today's signing of the Agreement between the Republic of Austria and the Union of Soviet Socialist Republics for the encouragement and reciprocal protection of investments, I have the honour to state the following:

The provisions of this Agreement may not be construed as obliging one Contracting Party to extend to investors of the other Contracting Party or to their investments any privileges or advantages which the first-mentioned Contracting Party extends or will extend in the future to investors of a third State or to their investments on the basis of any agreement on the mutual protection of investments and which are no less favourable than the privileges or advantages accorded to its own investors.

I have the honour to request you to confirm your agreement with the foregoing provisions and to consider them an integral part of this Agreement.

Accept, Sir, etc.

Dr. WOLFGANG SCHÜSSEL  
Minister for Foreign Affairs

Mr. V. S. Pavlov  
Minister of Finance of the Union  
of Soviet Socialist Republics  
Moscow

## [TRADUCTION]

LE MINISTRE FÉDÉRAL  
DES AFFAIRES ÉCONOMIQUES

Moscou, le 8 février 1990

Monsieur le Ministre,

Me référant à l'Accord signé ce jour entre la République d'Autriche et l'Union des Républiques socialistes soviétiques relatif à la promotion et à la protection réciproques des investissements, j'ai l'honneur de vous faire savoir ce qui suit :

Les dispositions du présent Accord ne peuvent pas être interprétées comme obligeant une Partie contractante à accorder aux investisseurs de l'autre Partie contractante ou à leurs investissements des préférences ou des privilèges que la première Partie accorde ou accordera à l'avenir aux investisseurs d'Etats tiers ou à leurs investissements en vertu d'un accord de protection des investissements prévoyant un traitement non moins favorable que celui réservé à ses propres investisseurs.

Je vous propose de bien vouloir accepter ces dispositions et de les considérer comme faisant partie intégrante du présent Accord.

Veillez agréer, etc.

Le Ministre fédéral  
des affaires économiques,  
WOLFGANG SCHÜSSEL

Monsieur V. S. Pavlov  
Ministre des finances de l'Union des  
Républiques socialistes soviétiques  
Moscou

## [RUSSIAN TEXT — TEXTE RUSSE]

Москва, «8» Февраля 1990 года

Уважаемый господин Министр!

Настоящим позвольте подтвердить получение Вашего письма от «8» февраля 1990 года следующего содержания:

«Уважаемый господин Министр!

В связи с состоявшимся сегодня подписанием Соглашения между Австрийской Республикой и Союзом Советских Социалистических Республик о содействии осуществлению и взаимной защите капиталовложений имею честь сообщить Вам следующее:

Положения настоящего Соглашения не могут быть истолкованы как обязывающие одну Договаривающуюся Сторону предоставлять инвесторам другой Договаривающейся Стороны или их капиталовложениям льготы или преимущества, которые первая Договаривающаяся Сторона предоставляет или предоставит в будущем инвесторам любого третьего государства или их капита-

ловложениям на основе какого-либо соглашения о взаимной защите капиталовложений и которые являются не менее благоприятными, чем льготы или преимущества, предоставляемые ее собственным инвесторам.

Позвольте мне просить Вас согласиться с данными положениями и рассматривать их как неотъемлемую часть настоящего Соглашения.

Примите уважаемый господин Министр уверения в моем самом высоком уважении.»

Настоящим позвольте выразить свое согласие с содержащимися в Вашем письме положениями, а также с тем, что данные положения следует рассматривать как неотъемлемую часть настоящего Соглашения.

Примите уважаемый господин Министр уверения в моем самом высоком уважении.

W. S. PAWLOW  
Finanzminister der UdSSR

## [TRANSLATION]

MINISTER OF FINANCE OF THE UNION  
OF SOVIET SOCIALIST REPUBLICS

Moscow, 8 February 1990

Sir,

I have the honour to acknowledge receipt of your letter of 8 February 1990, which reads as follows:

[*See note I*]

I have the honour to express my agreement with the provisions contained in your letter and also with your proposal that they should be considered an integral part of this Agreement.

Accept, Sir, etc.

V. S. PAVLOV  
Minister of Finance of the USSR

Dr. Wolfgang Schüssel  
Minister for Foreign Affairs

Vienna

---

## [TRADUCTION]

LE MINISTRE DES FINANCES DE L'UNION  
DES RÉPUBLIQUES SOCIALISTES SO-  
VIÉTIQUES

Moscou, le 8 février 1990

Monsieur le Ministre,

J'ai l'honneur d'accuser réception de votre lettre de ce jour, dont le texte est le suivant :

[*Voir lettre I*]

J'ai en outre l'honneur d'accepter les dispositions figurant dans votre lettre ainsi que la proposition tendant à ce que ces dispositions soient considérées comme faisant partie intégrante du présent Accord.

Veillez agréer, etc.

Le Ministre des finances  
de l'Union des Républiques  
socialistes soviétiques,

V. S. PAVLOV

Monsieur Wolfgang Schüssel  
Ministre fédéral des affaires écono-  
miques  
Vienne

---

